

Lehelkurier



Christlich-Soziale Union

Herbst 2021

Ideologie vor Anwohnerinteressen: Demokratische Entfremdung im Bezirksausschuss

Eigentlich ist die vorderste Aufgabe der Münchner Bezirksausschüsse klar. Sie sind das kommunalpolitische Sprachrohr der Anwohnerinnen und Anwohner im Stadtviertel. Die Satzung der Gremien ist da eindeutig: Die BAs "dienen der Erörterung und Durchsetzung stadtbezirksbezogener Anliegen der Bürgerinnen und Bürger." Sie sollen also die Anwohner gegenüber der Stadtpolitik bei den Vorhaben vertreten, die das eigene Viertel direkt betreffen. Dass die Anwohner auch Gehör finden, dafür setzen sich ehrenamtliche Mitglieder verschiedener Parteien ein.

Seit 2020 eine grün-rote Mehrheit den Bezirksausschuss Altstadt-Lehel dominiert, scheint diese Aufgabe jedoch immer mehr aus dem Blick zu geraten. Ein oft von Ideologie getragenes "wir wissen es besser" macht sich breit in der untersten kommunalpolitischen Ebene. Just jener Ebene also, die am nächsten bei den Anwohnerinnen und Anwohnern sein sollte. Statt die Anliegen der Menschen vor Ort zu vertreten, rücken immer mehr Parteiinteressen der grün-



Für die CSU-Fraktion im BA Altstadt-Lehel stehen die Anwohnerinteressen im Mittelpunkt (v.l.n.r.: Dr. Karin Schnebel, Bernhard Wittek, Elke Fett, Stefan Blum).

roten Mehrheit, die vermeintlich große Stadtpolitik, in den Mittelpunkt.

Zu beobachten war dies z.B. Anfang des Jahres. Ohne Rücksicht auf die sprichwörtlichen Verluste sollte 2021 eine Sommerstraße in der St.-Anna-Straße durchgesetzt werden. Und das trotz der diesjährigen Großbaustelle dort und obwohl bekannt war, dass die Stadt nur eine Sommerstraße im ersten Stadtbezirk umsetzen würde. Der Vorschlag musste also zu Lasten der bereits im vergangenen Jahr gut angenommenen Westerriederstraße gehen. Selbst als klar wurde, dass das KVR das Vorhaben wegen des Bau-

stellenverkehrs ablehnen würde und die Anwohner in beiden Straßen Sturm liefen, hielt man mehrheitlich an der Entscheidung fest - zu schwer fiel es offenbar, einen Fehler einzuzugestehen. Am Ende korrigierte die Verwaltung diese politische Sturheit: Sie setzte sich schlicht über den BA hinweg.

Ähnliches geschieht aktuell im Tal, wo nach grün-roter Vorgabe schon Anfang des Jahres alle Stellplätze entfallen sollten. Anwohnerinteressen und konstruktive Vorschläge werden zwar gehört, aber letztendlich ignoriert. Dass Grün-Rot den eigenen Beschluss zum Tal dabei noch vor die Anwohnerversammlung

datierte, ist nur das sichtbarste Zeichen dieses Fehlverständnisses der eigenen Aufgabe. Das politische Signal, den öffentlichen Raum nun grundsätzlich anders zu verteilen, wiegt offenbar schwerer als die Interessen der Menschen vor Ort.

Die Leidtragenden sind am Ende die Bewohner. Es ist gerade die Stärke demokratischer Entscheidungsprozesse, dass unterschiedliche Positionen eingebunden werden, dass man in der inhaltlichen Auseinandersetzung Kompromisse findet, die am Ende meist ausgewogener und tragfähiger sind. Politische Führung bedeutet, diese Prozesse zu lenken, andere Meinungen zuzulassen und zu integrieren. Dabei täte München auch ein besseres (digitales) System gut, mit dem Bürgeranliegen transparenter nachgehalten und eingebunden werden. Am Anfang steht jedoch der Wille zur politischen Integration. Solange dieser fehlt, verkommt der Bezirksausschuss zu einem bloßen Instrument der Rathaus-Mehrheit. Für Grün-Rot im Gremium heißt das: Auftrag verfehlt!



INTERVIEW
SEITE 2

DR. WOLFGANG STEFINGER
UNSER ABGEORDNETER



INTERVIEW
SEITE 4

MANFRED WEBER
BLICKT AUF EUROPA

Dr. Wolfgang Stefinger: Bodenständigkeit und Unabhängigkeit für München

Herr Stefinger, Sie kandidieren am 26. September zum dritten Mal für den Bundestag und haben auf Ihren Listenplatz für eine Frau verzichtet. Wieso?

Stefinger: Für mich zählt ausschließlich das Wählervotum bei der Erststimme. Das ist eine Personenwahl und ein gutes Ergebnis gibt mir Legitimation und die notwendige Freiheit bei meinen Entscheidungen. Auch wollte ich bewusst ein Zeichen setzen und die Bemühungen unterstützen, eine paritätische Liste aufzustellen.

Ihr Verzicht bedeutet aber auch, wenn Sie den Wahlkreis nicht direkt gewinnen, scheiden Sie im Herbst aus dem Bundestag aus.

Stefinger: Das ist richtig. Mir war immer wichtig, unabhängig von Politik zu sein. Ich habe eine gute Ausbildung, einen Beruf und habe mich voll auf die Arbeit im Bundestag konzentriert. Gerne möchte ich mich weitere vier Jahre für München und alle, die hier daheim sind, einsetzen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen daher entscheiden, ob sie einen echten Vertreter ihrer Anliegen im Bundestag haben wollen, oder nur Personen mit Parteikarriere.

Die Corona-Pandemie hat vieles im Land verändert. Was muss sich in den nächsten Jahren tun?

Stefinger: Insgesamt sind wir bisher ganz gut durch diese Krise gekommen. Wir waren weltweit nicht Klassenbesten aber auch bei weitem nicht Klassenletzter, wie oft gesagt wird. Fest steht, dass die Pandemie wie mit einem Brennglas Abstimmungs- und Verwaltungsdefizite offengelegt hat. Vieles dauert bei uns zu lange und Verfahrensabläufe sind zu schwerfällig. Dies ist in einer Pandemie, in der schnelle Entscheidungen notwendig sind, problematisch und behindert übrigens auch sonst. Denken Sie an Unternehmensgründungen, Bauanträge oder Innovationen. CDU und CSU haben daher einen Masterplan mit dem Titel „Neustaats“ vorgelegt, um Staat und Verwaltung schlanker, digitaler und moderner zu machen. Auch die Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern müssen wir genau ansehen und klären, was hat sich im föderalen System bewährt



Dr. Wolfgang Stefinger, unser Abgeordneter im Wahlkreis München-Ost.

und was nicht.

Die Wohnungspreise in München sind weiterhin ein großes Thema. Sie haben sich die letzten Jahre stark für Mieter und Vermieter eingesetzt. Was konnten Sie erreichen?

Stefinger: Es haben mich mehrere Hilferufe u.a. von Pflegekräften aus dem Wahlkreis erreicht, die in günstigen Wohnungen wohnen und bei denen das Finanzamt die Differenz zwischen tatsächlicher und ortsüblicher Miete als geldwerten Vorteil versteuert hat. Mir ist es gelungen, meine Fraktion und den Koalitionspartner von der Notwendigkeit einer Änderung zu überzeugen. Nun wird bei Mietern von Werkwohnungen diese Mietdifferenz nicht mehr als geldwerter Vorteil versteuert. Daneben war mir wichtig, die Privat-Vermieter zu entlasten, die ihre Wohnungen unter dem Mietspiegel, also günstiger vermieten. Diese können in ihrer Steuererklärung nun mehr Werbungskosten ansetzen als bisher.

Sie setzen sich im Bundestag auch stark für die Gesundheitsforschung ein. Wieso?

Stefinger: Mir geht es v.a. um die Volkskrankheiten. Vermutlich gibt es kaum jemanden, der keinen Fall von Alzheimer, Diabetes oder Krebs im Verwandtenkreis hat. Daher ist es mir ein Anliegen, dass wir die Forschung für diese Krankheitsbilder stärken. München ist hier ein wichtiger Standort. Das Krebsforschungszentrum der TU wurde mit über 45 Millionen Euro vom Bund gefördert. Daneben ist die europäische Vernetzung sehr wichtig. Wir

sehen durch Corona, wozu wir durch die internationale Forschung in der Lage sind. Darauf müssen wir aufbauen.

Sie sind auch in der Entwicklungszusammenarbeit aktiv. Was sind hier Ihre Themen?

Stefinger: Afrika ist unser direkter Nachbarkontinent mit vielen Problemen, aber auch vielen Chancen. Die Zusammenarbeit beim Klimaschutz ist hier ein ganz wichtiger Punkt. Über 600 Millionen Haushalte haben in Afrika keine einzige Steckdose und viele Staatschefs wollen den Energiebedarf künftig mit Kohlekraftwerken decken. Was dies für die Klimabilanz bedeutet, ist klar. Daher setze ich mich für den Aufbau einer Energiepartnerschaft mit Ländern in Afrika ein. Es geht darum v.a. die Sonne zur Energiegewinnung zu nutzen und neben Strom für die Länder auch Wasserstoff zu produzieren. Aktuell steht aber auch in Afrika das Thema Pandemiebekämpfung im Mittelpunkt. Einige Länder haben dort noch keine einzige Impfdosis erhalten.

Stichwort Klimaschutz. Tut Deutschland genug?

Stefinger: Klimaschutz ist nicht abstrakt, sondern beginnt bei jedem von uns. Deutschland ist auf einem guten Weg und in vielen Themen Vorreiter. Denken Sie an den Ausstieg aus der Kohleverstromung mit all seinen wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten für die betroffenen Regionen. Wir fördern den Ausbau der erneuerbaren Energien, stärken die Forschung für alternative Antriebe und synthetische Kraftstoffe und haben die Wasserstoffstrategie aufgesetzt. Seit

1990 konnte der CO₂-Ausstoß um über 40% reduziert werden. Es bleibt aber noch viel zu tun. Bis 2045 wollen wir Klimaneutralität erreichen. Hierfür ist ein Umbau vieler Industriezweige notwendig. Das geht nicht von heute auf morgen und wird ein Kraftakt für die Unternehmen und die Beschäftigten. Man darf nie vergessen, dass von diesen Entscheidungen Menschen mit ihren Existenzen betroffen sind und dieser Umstieg ausgewogen und verträglich gelingen muss. Ansonsten wird kein anderes Land ebenfalls den Ausstieg aus der Kohleverstromung wagen. Ich möchte Klimaschutz durch Innovationen, neue Technologien und Verfahren und nicht durch Verbote. Ganz wichtig ist hier auch die internationale Zusammenarbeit. Deutschland alleine kann das Klima nicht retten.

Letzte Frage: Warum sollten die Lehler Sie wieder in den Bundestag wählen?

Stefinger: Nach acht Jahren bringe ich die notwendige Erfahrung mit, um begonnene Projekte im Wahlkreis mit Nachdruck weiterzutreiben. Ich habe viele Ideen, um unser aller Leben jeden Tag ein Stück besser zu machen. Mit mir hat das Lehel einen bodenständigen Vertreter, der seine Meinung vertritt und zu dieser steht. Ich verspreche nichts, was ich nicht halten kann.



Das Interview führte Daniel Miller

Innovationen braucht das Land

Was ist die letzte große deutsche Erfindung, an die Sie sich erinnern können? Vielleicht fällt Ihnen als erstes der Buchdruck ein – der ist jedoch schon über 500 Jahre alt! Dann die Straßenbahn (Siemens) oder das Automobil (Daimler/Benz)? Auch die sind schon aus dem vorletzten Jahrhundert. Die Chipkarte und das MP3-Speicherformat sind zwar neueren Datums, aber auch MP3 wurde bereits 1988 entwickelt.

Und seitdem? Sind wir zwar weiterhin im Bereich der Forschung und Entwicklung vorne mit dabei (siehe z.B. den Corona-Impfstoff), aber die meisten großen Durchbrüche finden anderswo auf der Welt statt. Damit das nächste Google, Tesla, oder SpaceX aus Deutschland kommt, muss also einiges passieren.

Die Union ist die treibende politische Kraft, um die Voraussetzungen für mehr Erfindungen und Innovationen in Deutschland zu schaffen. Um das zu



Michelle Fall, CSU-Listenkandidatin zur Bundestagswahl, plädiert für einen neuen Innovationsgeist.

erreichen, ist zum Beispiel die „Reallabor-Strategie“ des Bundeswirtschaftsministeriums entstanden. Reallabore, das heißt: Testräume bzw. Experimentierklauseln, die es ermöglichen, eine Technologie oder ein Geschäftsmodell unter realen Bedingungen zu erproben. Ohne dass das zarte Pflänzchen gleich von der berühmten Paragraphenkeule erschlagen

wird. Dieses Konzept soll nun ausgebaut und auf weitere Bereiche erweitert werden.

SPD, Grüne und Linke erkennen zwar teilweise die Probleme der Welt, lehnen aber neue Technologien und Lösungen meist ab oder regulieren sie so stark, dass nur noch große Konzerne – die sich auch große Rechtsabteilungen leisten kön-

nen – eine Chance haben. Es reicht nicht, den Klimawandel nur mit Verboten zu bekämpfen! Ich bin der Meinung, dass es nur mit Innovationen möglich ist, die großen Menschheitsprobleme zu lösen und gleichzeitig unseren Wohlstand zu sichern oder sogar zu vermehren. Besonders nach der Corona-Pandemie brauchen wir Wachstum und eine neue wirtschaftliche Dynamik. Deutschland ist nicht nur das Land der Dichter und Denker, sondern auch der Tüftler und Macher – aber dafür muss man sie auch tüfteln und machen lassen!

Mit Ihrer Zweitstimme für die CSU unterstützen Sie eine Politik, die auf Wachstum, Beschäftigung und Innovation setzt. Machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch!

Michelle Fall kandidiert für München auf Platz 58 der CSU-Liste zur Bundestagswahl

Dr. Ludwig Spaenle: Für Sie im Landtag



Ihr Landtagsabgeordneter, Dr. Ludwig Spaenle.

Gemeinsam mit vielen Initiativen und Organisationen wird heuer das Festjahr „1700 Jahre Jüdisches Leben in Deutschland“ in allen Teilen unseres Landes begangen. Als Beauftragter der Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe bin ich hierfür vielfältig engagiert. Umso mehr freut es mich als Landtagsabgeordneter für das Lehel, dass auch der lokale Bezirksausschuss mit einem interessanten Programm dieses Festjahr mitgestaltet. Beim jüdischen Neujahrsfest Anfang September ist der Bezirksausschuss gemeinsam mit der Liberalen Jüdischen Gemeinde Veranstalter eines Open-Air-Abends im Stadtmuseum. Auf Einladung der Liberalen Jüdischen Gemeinde nehme ich daran teil.

Hier fügt sich meine Arbeit als für das Lehel zuständiger Parlamentarier und meine Aufgabe als Beauftragter vor Ort konkret zusammen. Ziel dieser zahlreichen Veranstaltungen ist es, die Bevölkerung für Geschichte und Kultur des Judentums in Deutschland zu sensibilisieren und zu interessieren. Die Aktivität des Stadtteilgremiums und der Kolleginnen und Kollegen im BA wirken so natürlich unmittelbar für die Altstadt und das Lehel. Eine durchaus nicht selbstverständliche

Initiative, wie ich auch aus anderen Metropolen in Deutschland weiß.

Seit Mai letzten Jahres gehöre ich wieder, mit einer Unterbrechung, wie seit 1994 dem Landtag an. Die Arbeit im Stadtviertel begleite ich durch regelmäßige Besuche im Bezirksausschuss bzw. der Bürgerversammlung. Große staatliche Maßnahmen, das Lehel ist Sitz vieler staatlicher Institutionen, wie z.B. die Sanierung der Prähistorischen Staatssammlung verfolge ich natürlich ebenso, wie die Themen, die die Stadtteilpolitik bewegen, etwa die Neugestaltung des Tals.

Die enge Zusammenarbeit mit der CSU-Fraktion im Bezirksausschuss 1 Altstadt-Lehel mit ihrem Sprecher Bernhard Wittek, meinem CSU-Stadtratskollegen Thomas Schmid und unserem Bundestagsabgeordneten Dr. Wolfgang Stefinger sind für meine Arbeit als Abgeordneter essentiell. Die CSU war in Bayern schon immer die Partei, die alle politischen Ebenen kraftvoll miteinander verbindet. Als Bestandteil dieses Teams ist es mir eine Ehre, Sie im Landtag zu vertreten.

*Dr. Ludwig Spaenle,
MdB*



„EUROPA MUSS HANDLUNGSFÄHIGER WERDEN“

Lieber Manfred Weber, in der CSU Lehel können wir uns noch gut daran erinnern, wie wir 2019 am Infostand auf dem St.-Anna-Platz die Werbetrommel für „einen Bayern für Europa“ gerührt haben. Die Begegnungen waren damals voller Sympathie für Sie als gesamt-europäischen Spitzenkandidaten. Wie blicken Sie heute, mit ein wenig Abstand, auf die Europawahlen 2019 und das anschließende Ringen um die Kommissionspräsidentschaft?

Weber: Die Europawahlen waren einschneidend: Ein Teil der Staats- und Regierungschefs hat sich vom Spitzenkandidatenprinzip verabschiedet, also dass derjenige Spitzenkandidat, der die Wahlen gewinnt, auch Kommissionspräsident wird. Das war ein schwerer Rückschlag für die Demokratie in der EU, vor allem, weil ja auch die Wahlbeteiligung europaweit deutlich gestiegen ist und klar wurde, dass die Menschen über die Wahlen mitentscheiden wollen. Für mich persönlich war der europaweite Wahlkampf eine großartige Erfahrung, die anschließenden Abläufe natürlich ernüchternd. Aber: Wir haben als EVP in ganz Europa für zahlreiche gemeinsame Positionen geworben. Viele von diesen sind heute auch Wirklichkeit, weil wir sie inzwischen durchgesetzt haben, wie etwa einen verstärkten Außengrenzschutz oder ein gezieltes EU-Programm gegen Krebs und Alzheimer.

Im politischen Integrationsprozess Europas ging es oft darum, gemeinsame Kompetenzen auf europäischer Ebene zu etablieren. Haben wir mit der damaligen Abkehr vom Modell eines europäischen Spitzenkandidaten nicht eine Chance verpasst, die EU ein Stück weiter zu einer echten europäischen Demokratie zu entwickeln?

Am Ende waren es wieder vor allem die Nationalstaaten, die entschieden haben.

Weber: Genau so ist es. Deshalb arbeite ich weiter dafür, die EU zu demokratisie-



Der Niederbayer Manfred Weber ist einer der einflussreichsten Parlamentarier in Brüssel.

ren. Und da ziehen zum Glück viele an einem gemeinsamen Strang. Es braucht aber einen langen Atem und es ist offen, ob es uns gelingen wird, dies durchzusetzen. Ich bin davon überzeugt: Wenn die Europäer nicht zu Beteiligten der Europapolitik werden, also sehen, dass sie mit ihrer Stimme etwas bewegen können, dass sie über die künftige Richtung Europas mitentscheiden können, dann kann das Projekt EU keine gute Zukunft haben.

Lassen Sie uns nach vorne schauen. Was sind für Sie die Kernprojekte auf europäischer Ebene in den kommenden Jahren?

Weber: Wir befinden uns in einem globalen Ringen um die Welt von morgen. China ist auf der Überholspur, die USA gehen sehr ambitioniert an die Dinge und die EU muss diese Herausforderungen annehmen. Sonst ist die Gefahr groß, dass wir an Souveränität einbüßen und zum Spielball der großen Mächte werden. Am wichtigsten ist, dass der Jobmotor nach der Coronakrise wieder anläuft und es der EU gelingt, mit Innovationen und gezielter Stärkung der Wirtschaft Europa zukunftsfähig zu machen. Genauso gehört aber dazu, dass sich die EU außen- und sicherheitspolitisch emanzipiert und selbständiger wird. Da sind wir zu uneinig, zu schwach und zu langsam. Die

Entwicklungen in Afghanistan bestätigen dies wieder einmal.

Welche Rolle sollte hierbei die nächste Bundesregierung spielen und welche Bedeutung messen Sie der kommenden Bundestagswahl für die EU bei?

Weber: Die Bundestagswahl ist für die EU von sehr großer Bedeutung, weil die Bundesregierung von Bundeskanzlerin Angela Merkel bisher für große Stabilität in der gesamten EU gesorgt hat. CDU und CSU sind die einzigen Kräfte in Deutschland, die das auch für die Zukunft garantieren können. Angela Merkel wird eine Lücke hinterlassen, die gefüllt werden muss. Wenn eine linksgeführte Bundesregierung, unter Umständen sogar mit der radikalen Linkspartei als Partner, übernehmen würde, dann würde Deutschland stark geschwächt in Europa. Das würde uns weit zurückwerfen. Russlands und Chinas Führung würde das freuen.

Auch im gemeinsamen Wahlprogramm von CDU und CSU zur Bundestagswahl steckt viel Europa. Neben dem klaren Bekenntnis zu „mehr Europa!“ heißt es dort auch, dass „Europa handlungsfähiger, mutiger und entschlossener werden“ muss. Wie schaffen wir das?

Weber: Das ist genau der Punkt,

den ich mit Souveränität meine. Die EU ist eine beispiellose Erfolgsgeschichte, was die Friedenssituation, die wirtschaftliche Entwicklung und die Partnerschaft in Europa angeht. Die Herausforderungen von heute sind aber global – ob wir es wollen oder nicht. In den kommenden Jahrzehnten entscheidet sich, ob die EU das demokratische, rechtstaatliche und weltoffene Erfolgsmodell bleiben kann oder ob sich ein anderes Gesellschaftsbild weltweit durchsetzt. Um unseren European Way of Life zu bewahren ist ein gemeinsames Europa, das handlungsfähig, mutig und entschlossen ist unabdingbar – auch wenn es manchmal mühsam ist.

An mehreren Stellen wird im Wahlprogramm da z.B. von einer Abkehr vom Einstimmigkeitsprinzip gesprochen, etwa in der Außen- und Sicherheitspolitik. Als jemand der die europäischen Entscheidungsprozesse kennt, wie kaum ein anderer: Welche Schritte könnte eine Bundesregierung gehen, um diesem Ziel kurz- bis mittelfristig ein Stück weit näher zu kommen?

Weber: Überall dort, wo in der EU nach Mehrheitsprinzip entschieden wird, da sind wir handlungsfähig, etwa in der Wirtschafts- oder Handelspolitik. Wenn immer alle an Bord sein müssen, ist das häufig



sehr kompliziert. Ich verstehe, dass manche Staaten sehr auf ihre eigene Rolle in der Außen- und Sicherheitspolitik pochen. Die Abkehr vom Einstimmigkeitsprinzip ist aber ohne sinnvolle Alternative, da die EU sonst als internationaler politischer Akteur nicht ausreichend ernst genommen wird, weil wir zu lange brauchen, um relativ schwache Entscheidungen zu treffen.

Bei der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ist u.a. auch von einem „Bündnis der Gestaltungswilligen“ die Rede. Wie gestalten wir ein solches Bündnis, um Europa damit substanziell weiterzuentwickeln und gleichzeitig eine Spaltung zu verhindern?

„In den kommenden Jahrzehnten entscheidet sich, ob die EU das demokratische, rechtsstaatliche und weltoffene Erfolgsmodell bleiben kann.“

Weber: Wir werden uns in manchen Bereichen überlegen müssen, ob es sinnvoll ist, immer auf diejenigen zu warten, die eigentlich nicht mitmachen wollen. Ich bin zwar ein großer Anhänger davon, möglichst viele mitzunehmen. Wenn aber wenige blockieren, dann kommen wir nicht voran. Deshalb ist es in einigen Bereichen überlegenswert, ob wir nicht die Möglichkeiten einer verstärkten Zusammenarbeit mit denjenigen nutzen, die das ebenfalls wollen. Dies ist durchaus nicht unüblich, man nehme etwa den Euro, an dem ja auch nicht alle EU-Staaten beteiligt sind.

Ein zentrales Projekt der aktuellen Kommission ist der europäische „Green Deal“. Sie hatten auch beruflich, als Ingenieur u.a. im Bereich des Umweltmanagements, lange eine eigene Perspektive auf die technische Seite des Umweltschutzes. Welche Schritte sind in Europa, aber auch in Deutschland für Sie am wichtigsten, um dem Klimawandel zu begegnen und den Wandel dabei als Chance zu nutzen?

Weber: Der Kampf gegen den Klimawandel ist mit die

wichtigste Aufgabe meiner politischen Generation. Wir haben die große Aufgabe, die Schöpfung zu bewahren, um der nächsten Generation eine intakte Erde zu übergeben. Die jüngsten Studien und Weltklimaberichte zeigen unmissverständlich, dass die gesamte Welt mehr tun muss, um eine Klimakatastrophe abzuwenden. Ich rede ausdrücklich nicht irgendwelchen Untergangsszenarien das Wort, aber die Zeit wird knapper. Ich bin überzeugt, dass wir dies schaffen können, weil wir zu großen Innovationen in der Lage sind. Aber die Menschen müssen von diesem Weg ebenfalls überzeugt sein, sie müssen ihn mitgehen. Deshalb warne ich davor, einseitig nur über Verbote und

Vorgaben zu arbeiten. Ökologie und Ökonomie sind keine Gegensätze, der Kampf gegen den Klimawandel kein Verbotsdiktat. Ich erlebe viele Menschen, die durchaus Vorteile darin sehen, selbst verstärkt zum Klimaschutz beizutragen und das persönliche Leben ein Stück anders zu gestalten. Darauf, auf Innovationen, auf die Chancen müssen wir setzen.

Auch ein weiteres Zusammenwachsen Europas möchten CDU/CSU fördern. Neben erleichterten Möglichkeiten für Jugendliche, Europa über Austauschprogramme oder ein kostenloses Interrail-Zugticket zu entdecken, sind damit auch grenzübergreifende Infrastrukturprojekte gemeint. Was ist da aus Ihrer Sicht vor allem für Bayern wichtig?

Weber: Mobilität bleibt ein großes Bedürfnis der Menschen. Für die Wirtschaft ist dies elementar. Und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit hat gerade für Bayern große Vorteile gebracht, etwa mit Österreich oder Tschechien. Eine funktionierende Infrastruktur ist dafür unabdingbar. Da ist vieles bereits geschehen, aber die



Als Stellvertretender Parteivorsitzender prägt Manfred Weber die Politik der CSU maßgeblich mit. (Foto: Tobias Koch)

Coronakrise hat einiges wieder zurückgeworfen. Gerade beim Thema Transit, aber auch bei der wirtschaftlichen oder touristischen Kooperation ist noch vieles mehr möglich. Und noch ein Wort zum Thema kostenloses Interrail-Ticket: Mich freut sehr, dass diese Initiative von mir und vielen Mitstreitern so erfolgreich läuft. DiscoverEU wird ständig ausgebaut und immer mehr 18-Jährige sollen so die Möglichkeit bekommen, Europa zu erfahren. Dies fördert das bessere Kennenlernen, neue soziale und kulturelle Kontakte, letztlich das Miteinander der Menschen in Europa.

Gerade in Südosteuropa kamen Infrastrukturinvestitionen in jüngerer Vergangenheit oft aus China. Wie sollte die Europäische Union dem begegnen?

Weber: China unternimmt große Anstrengungen, einen Fuß nach Europa zu bekommen, wie übrigens auch auf andere Kontinente. Wir müssen für internationale Kooperationen und Investitionen offen bleiben. Gleichzeitig beginnt die chinesische Führung aber immer mehr, ihre steigende internationale Bedeutung mit einer klaren, oftmals aggressiven Agenda auszuspielen. Deshalb: Zusammenarbeit ja, aber nicht naiv. Wir drängen beispielsweise sehr auf einen besseren Schutz europäischer Schlüsselindustrien vor chinesischen Übernahmen, weil diese häufig staatlich angetrieben sind. Europa muss die chinesische Herausforderung endlich annehmen und sie neu beantworten.

Bei all den politischen Herausforderungen, vor denen wir stehen, zum Abschluss noch eine persönliche Frage. Ich habe gehört, dass Sie seit Ihrer Kindheit ein begeister-

ter Gitarrenspieler sind, auch lange in einer Band. Kommen Sie noch zum Spielen und welche Musik begeistert Sie aktuell?

Weber: Meine Musikerzeit war eine wirklich tolle und hat mir unglaublich viel Spaß gemacht. Ich habe durch sie viel gelernt. Leider komme ich nur noch sehr selten zum Musikmachen, aber zum Glück verlernt man Instrumente nicht. Wir haben vor allem Rock- und Popmusik gemacht. Das ist auch die Musik, die ich am liebsten höre.

Manfred Weber (49) ist Vorsitzender der christdemokratischen EVP-Fraktion im Europäischen Parlament und Stellvertretender CSU-Parteivorsitzender.



Das Interview führte Bernhard Wittek



Die Maximilianstraße kann so viel mehr

Die Münchner Maximilianstraße: weltbekannte Shopping-Meile, eine der vier Prachtstraßen der Weltstadt mit Herz und für uns Lehelder zentrales Boulevard und direkte Verbindung zur Münchner Altstadt. Mitte des 19. Jahrhunderts von Maximilian II., dessen Denkmal das östliche Ende schmückt, in Auftrag gegeben und von Anfang an als mondäne und exklusive Stadtachse gedacht. Ein neuer Architekturstil sollte damals entstehen, mit einer Mischung verschiedener Stil-epochen.

Geteilt, gewissermaßen halbiert, wird die Maximilianstraße heute durch den Altstadt-ring. Ein Durchbruch des Boulevards, der in den 1960er Jahren durchaus umstritten war und mit einer Untertunnelung eine Alternative hatte. Der Teil östlich des Thomas-Wimmer-Rings ist heute geprägt durch repräsentative Bauten, in denen die Regierung von Oberbayern und das Museum Fünf Kontinente eine Heimat gefunden haben. Die Straße dient hier vor allem der verkehrlichen Verbindung mit Tram, Fahrrad und Auto zwischen Altstadt,



Jürgen Piechootka sieht deutlich mehr Potential für die Maximilianstraße.

Lehel und Haidhausen und zur Isarparallele Richtung Norden oder Süden.

Im westlichen, dem in der Altstadt gelegenen Teil, regiert sprichwörtlich der Konsum. Die Maximilianstraße gilt hier mit ihren Edel-Boutiquen als eine der teuersten Adressen der Republik. Sie soll zum Schaufenster-Bummel einladen und dient bekanntermaßen auch dem einen oder anderen PS-Boliden als Ausstellungsort.

Diesem westlichen Teil ging jedoch im Laufe der Jahrzehnte die ursprünglich angedachte mondäne Pracht ein Stück weit verloren. Es fehlt schmerzlich an Grün und die Straße als Fußgänger zu überqueren, gleicht

schon eher einem Abenteuer: Es gilt zwischen den parkenden Autos eine Lücke zu erwischen, durch die man sich auf die Fahrbahn mogeln kann, dort erwartet einen ein PKW, LKW oder Fahrrad, wenn's ganz schlecht läuft die Tram. Aus der Sicht eines Fahrradfahrers sieht die Lage auch nicht rosiger aus. Der Fahrradstreifen hat sich, ob von Ost oder West kommend, verflüchtigt. Meist hat man die Wahl entweder mit den Reifen in die Trambahngleise zu gelangen oder so nah an den parkenden Autos entlangzuradeln, dass früher oder später eine sich öffnende Autotür droht. Für den Autofahrer ist ein Parkplatz gleichsam selten und das Slalomfahren zwischen den in

STAND-
PUNKT

zweiter Reihe parkenden Lieferwagen mühsam und gefährlich. Hinzu kommt der Lärm - wenig förderlich fürs Flanieren und Shoppen.

Eine breite Straße mit einem teilweise miserablen Erscheinungsbild ist übrig geblieben. Ob das so gedacht war, wage ich zu bezweifeln. Ein alternatives Konzept zu diesem städtebaulichen Verhau ist angesagt und höchste Zeit. Es kann nicht sein, dass eine der vier Prachtstraßen Münchens zu einem riskanten Blechabstellplatz verkommt. Es braucht Ideen, Entwürfe und Diskussionen, die über den mittlerweile leider üblichen, bloßen Parkplatzstreit hinausgehen. Hier ist echte Stadtentwicklung gefragt, die Denkmalschutz und bedarfsgerechte Planung in Einklang bringt.

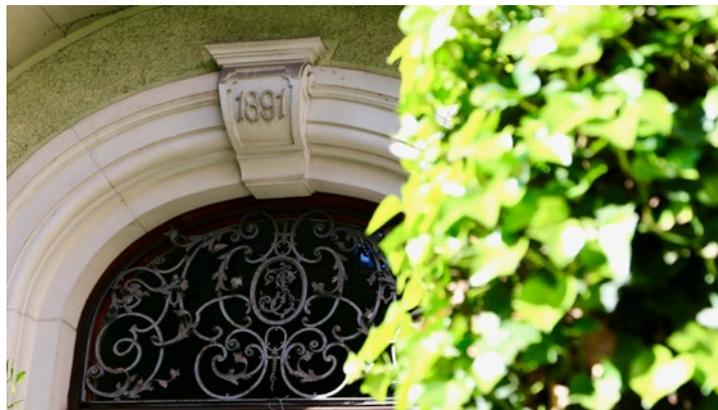
Jürgen Piechootka ist freier Architekt und wohnt seit über 25 Jahren im Lehel



Das Lehel ist ein Lebensgefühl

Es ist schön, im Lehel zu wohnen. Wie glücklich und stolz waren wir, als wir hier eine dieser Altbauwohnungen mieten konnten. 3,20 Meter hohe Räume und dicke Wände, was für eine schöne Wohnatmosphäre! Unser Vermieter weiß um die Schönheit des Lehels, lässt aber auch seine Mieter leben. Maximiliansanlagen und der Englische Garten, dessen Eisbachwelle weltberühmt ist, grenzen an.

15 Minuten zu Fuß sind es zum Marienplatz und zur Staatsoper. Kammerspiele, Residenztheater, GOP, Kinos, alle Kultureinrichtungen sind ums Eck. Man ist auf Münchens Prachtstraßen zwischen Oper und Landtag unterwegs. Das Haus der



Leheler Lebensgefühl und die Schönheit des Viertels zeigen sich oft im Kleinen.

Kunst und der Friedensengel sind nicht weit entfernt, ebenso wie der Gasteig, das Müllerische Volksbad und das Deutsche Museum. Kinderkrippen, -gärten und alle Schularten sind fußläufig erreichbar. Kirchen und Kloster sind zentral gelegen. Insbesondere am Wochenende hat man den Eindruck, auf

dem Land zu leben: Die Vögel zwitschern und die Kirchenglocken läuten.

Es gibt eine vielseitige Gastronomie, vom Biergarten bis zur Gourmetküche, alles in unmittelbarer Nähe – auch Münchner Berühmtheiten, wie das Hofbräuhaus am Platzl. Auf dem nahen Viktualienmarkt

ist für Kulinarik und andere Einkäufe gesorgt. Biergarten und Gasthäuser laden zum Verweilen. Geschäfte jeder Art sind nicht weit weg. Mobilitätsangebote sind vielfältig und in einer halben Stunde ist man draußen aus der Stadt im Umland der „Metropolregion“. Notwendige Infrastruktur, wie Ärzte und Krankenhäuser, kann man fußläufig erreichen. Mehr kann man sich kaum wünschen.

Es gilt dieses Lehel und das damit verbundene Lebensgefühl zu erhalten. Dafür steht die CSU.

Eugen Straub



Im Stadtrat geht die Balance verloren

Viel hat sich im Stadtrat seit den Kommunalwahlen im vergangenen Jahr verändert. Vor allem ein deutlicher Verlust der kommunalpolitischen Balance ist im Gremium spürbar. Was eigentlich selbstverständlich sein sollte - eine Stadtpolitik, die an sich den Anspruch stellt, sich um alle Münchnerinnen und Münchner zu kümmern - rückt in weite Ferne. Vor allem die Grünen im Münchner Rathaus (die SPD begnügt sich weitgehend mit der bloßen Rolle als Mehrheitsbeschafferin) setzen eigenwillige Prioritäten. Da scheint oft das Gender-Sternchen selbst mitten in der Pandemie wichtiger als das eigentliche Tagesgeschäft.

Im Juni wurden etwa sogenannte „Stadtterrassen“ beschlossen. Zusätzlich zu den erweiterten Freischankflächen auf Parkplätzen soll Jedermann und -frau privat z.B. Sitzmöbel im öffentlichen Raum aufstellen dürfen. Und das, obwohl öffentlicher Raum und Anwohner momentan eh schon unter einer erhöhten Belastung ächzen. Konflikte unter Nachbarn sind da vorprogrammiert und vor allem von den grün-roten Initiatoren unbedacht.

Nächstes Beispiel: Verkehrspolitik. Wir brauchen eine Modernisierung

des Mobilitätsangebots in unserer Stadt. Dies erreicht man aber nicht mit ideologisch geformter Einseitigkeit. Die Ludwigsbrücke verliert aktuell nach dem Willen der Grünen zwei Fahrspuren, obwohl sie als Ausläufer der Rosenheimer Straße eine wichtige Verkehrsachse ist und dadurch nun zu einem verkehrlichen Nadelöhr wird. Den vorhersehbaren Ausweichverkehr sehen Sie vor Ihrer Haustür im Lehel. Die „Verkehrsverstopfung“ ist vorprogrammiert. In Radwege werden bis 2026 knapp 100 Millionen Euro investiert, gleichzeitig aber lehnte die grünrote Stadtratsmehrheit den CSU-Vorstoß für ein 365-Euro-Ticket für alle erst kürzlich ab. Von einem zukunftsorientierten U- oder S-Bahn-Ausbau, der ganz München zugute käme, ganz zu schweigen.

Die Stadtpolitik in München zeigt leider deutlich, dass sich mit grün-roten Mehrheiten die politische Kultur verändert. Weg von demokratischer Integration, hin zu immer mehr Partikularinteressen. Die Balance geht uns verloren. Deshalb: Am 26. September, beide Stimmen für die CSU!

Thomas Schmid, Stadtrat



Ihr Stadtrat für die Münchner Innenstadt: Thomas Schmid.

Die Junge Union im Lehel als politischer Impulsgeber: Mach mit!



Die Junge Union im Gespräch mit unserem Bundestagsabgeordneten, Dr. Wolfgang Stefinger.

studios und Sportvereine geschlossen oder stark eingeschränkt, Sportgeräte teuer oder sogar im Handel schnell vergriffen. Daher freut es uns sehr, dass unser Antrag für öffentliche Fitnessanlagen im Bezirksausschuss nun einstimmig angenommen wurde!

Mit Hilfe der CSU-Fraktion im Bezirksausschuss konnte unsere Forderung nach öffentlichen Fitnessanlagen eingebracht werden. Im südlichen Teil des Englischen Gartens, im Umfeld des Spielplatzes Hochbrückenstraße und an der Isarpromenade werden

hoffentlich schon bald Fitnessanlagen für alle entstehen. Mit dem Beschluss liegt der Ball nun beim Baureferat. Dort wird aktuell geprüft, welcher Standort für die Einrichtung am geeignetsten ist. Wir bleiben weiter dran!

Bei uns kann sich jeder und jede zwischen 14 und 35 Jahren politisch engagieren. Der Anfang ist nicht schwer: einfach vorbeischaun! Neben der inhaltlichen Arbeit kommt auch das Gesellige bei uns nicht zu kurz. Kontakt geht leicht über Insta (@ju_lehel), Facebook (@JuLehleMuenchen) oder direkt per E-Mail unter info@ju-lehel.de. Schau vorbei und mach mit!



Der Isartorplatz hat mehr Potential: Drei Vorschläge



Das Isartor prägt seit 1337 das östliche Ende der Münchner Altstadt. Dem davor gelegenen Isartorplatz sollte endlich mehr Aufmerksamkeit zuteil werden.

Der Isartorplatz liegt im Herzen unserer Stadt. Seit 1337 prägt das Isartor das östliche Ende des Tals und ist als einziges Stadttor Münchens noch heute beinahe vollständig erhalten. Der Platz ist ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt, der vielen Münchnerinnen und Münchnern auf ihren täglichen Wegen in Tram, S-Bahn, auf dem Fahrrad oder im Auto gut bekannt ist. Optisch bestimmen breite Verkehrsachsen und eine große, jedoch weitgehend ungenutzte Grünfläche das Bild. Vor Ort wird schnell klar, der Isartorplatz kann mehr! Drei Vorschläge für

eine stadtpolitische Debatte:

1. Das Lehel besser mit der Altstadt verbinden

Der Fußweg aus dem Lehel in die Altstadt ist an dieser zentralen Stelle relativ mühsam. Eine oberirdische Querung des Thomas-Wimmer-Rings ist nur an der Frauenstraße möglich und bedeutet einen erheblichen Umweg, mehrfach über mehrspurige Straßen hinweg. Unterirdische Verbindungen sind über den S-Bahnhof zwar vorhanden, jedoch nicht barrierefrei ausgebaut und wenig einladend. Die Altstadt sollte hier enger -

auch sichtbar - mit dem Lehel verbunden werden, das Isartor als Brücke ins Lehel einladen. Hier ist Stadtplanung gefragt. Ein erster, kurzfristig umsetzbarer Schritt kann eine oberirdische Fußgängerverbindung zwischen der nördlichen Seite des Isartorplatzes (Kanalstraße) hin zum Tal sein.

2. Aufenthaltsqualität stärken

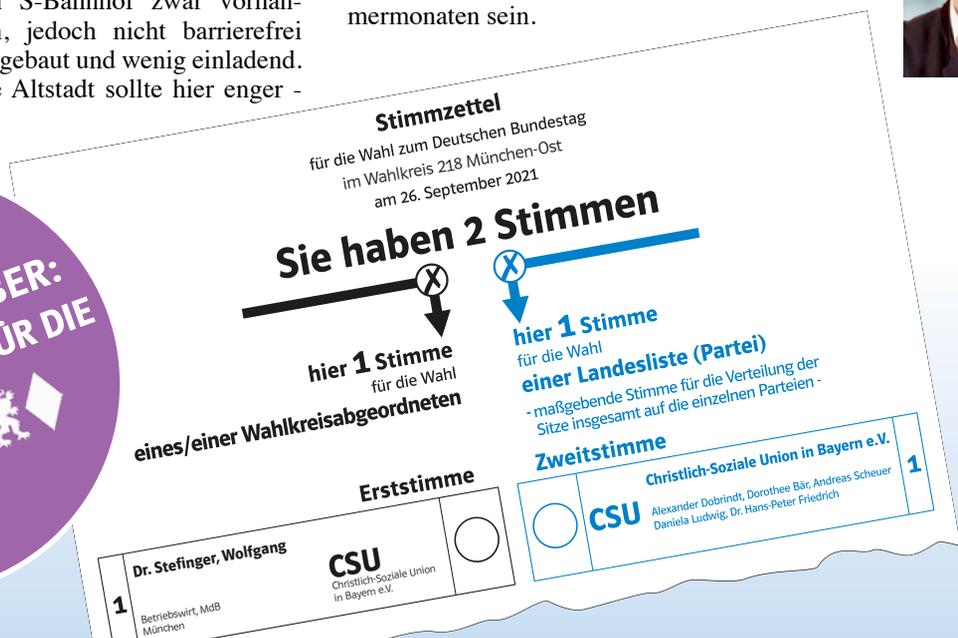
Die Stadt sollte ihre Bemühungen für eine gesteigerte Attraktivität des Platzes für die Anwohner deutlich erhöhen. Im Moment werden die zentrale Lage und die große verfügbare Fläche kaum genutzt. Ein Ideenwettbewerb zur zukünftigen Gestaltung und Nutzung täte gut. Auch braucht es Konzepte für einen besseren Lärmschutz an dieser Stelle, wie z.B. Doppelhecken. Ein erster, relativ aufwandsarmer Schritt hin zu mehr Münchner Flair könnte etwa auch die abendliche Beleuchtung des Fortunabrunnens in den Sommermonaten sein.

3. Freiräume für neue Ideen

Bis Klarheit über die zukünftige Gestaltung und Nutzung des Platzes besteht, sollte man neuen Ideen Platz zum Ausprobieren geben und Kreativität dabei zulassen. Öffentliche Stellplätze für Food Trucks, temporäre Boccia-Felder oder gastronomische Angebote: Was sonst schnell an städtischen Vorschriften scheitert, kann bei Einbindung der Anwohner Raum zum Experimentieren bekommen. So entstehen neue Ideen.

Der Stadtrat hat für den Isartorplatz bereits verkehrliche Änderungen beschlossen. Es wird Zeit, dass dem Platz auch die stadtgestalterische Aufmerksamkeit zuteil wird, die er verdient.

Bernhard Wittek,
Mitglied im
Bezirksausschuss I



Denkanstöße: Mut und Tatkraft für die Zukunft



Vor der Haustür

Neustaat - 103 Vorschläge wie Politik und Staat sich ändern müssen

“Ein nicht leistungsfähiger Staat verliert erst seine Kompetenz, dann das Vertrauen und schließlich seine Macht.” Bundestagsabgeordnete der CDU/CSU-Fraktion geben in diesem Buch Antworten auf 5 “Megatrends”. Was muss sich konkret ändern, damit unser Land fit für die Zukunft wird? 103 Vorschläge für eine Modernisierung des Staates, als Beitrag zu einer lebendigen Debatte.

Thomas Heilmann & Nadine Schön, 2021. Neustaat: Politik und Staat müssen sich ändern. München: Finanzbuch Verlag.



Über den Tellerrand

Was wir einander schulden - Ideen für einen neuen Gesellschaftsvertrag

Was bedeuten globale Veränderungen für die gemeinschaftliche Organisation von gesellschaftlichen Kernaufgaben? Die Direktorin der London School of Economics diskutiert Implikationen für Familienpolitik, Bildung, Gesundheit, Arbeitsleben, Altersvorsorge und Generationengerechtigkeit. Ein Diskussionsbeitrag über unseren Tellerand hinaus.

Minouche Shafik, 2021. Was wir einander schulden: Ein Gesellschaftsvertrag für das 21. Jahrhundert. Berlin: Ullstein Verlag. (erscheint am 1. November 2021 auf Deutsch)